

Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände



Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände · Hausvogteiplatz 1 · 10117 Berlin

Datum: 1.6.2023

Bearbeitet von Tanja Struve

Telefon (0 30) 59 00 97 - 360
Telefax (0 30) 59 00 97 - 400

E-Mail: tanja.struve@landkreistag.de

Stellungnahme der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände im Rahmen der Konsultation der EU-Kommission zur Freistellung geringer Beihilfebeträge – DAWI-De-minimis-Beihilfen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände bedankt sich für die Möglichkeit, zur geplanten Überarbeitung der Vorgaben zur Freistellung von Beihilfen mit geringen Beträgen („De-minimis-Beihilfen“) für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) Stellung nehmen zu können.

Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände vertritt die Interessen aller deutschen Städte, Landkreise und Gemeinden und damit die Gesamtheit der deutschen kommunalen Gebietskörperschaften.

Das europäische Beihilferecht ist für die Landkreise, Städte und Gemeinden einerseits als Empfänger von staatlichen Förderungen und andererseits zur Finanzierung der kommunalen Daseinsvorsorge von zentraler Bedeutung. Vor allem die De-minimis-Beihilfen für DAWI sind von besonderer Kommunalrelevanz. In den Aufgabenbereich der Landkreise und Gemeinden fallen eine Vielzahl von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, u. a. in den Bereichen Gesundheitsversorgung und soziale Dienstleistungen. Betroffen sind hiervon u. a. die medizinische Versorgung (z. B. kommunale Krankenhäuser in der Regelversorgung), Kinderbetreuung, Pflege, Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt, sozialer Wohnungsbau, die Betreuung und soziale Einbeziehung benachteiligter Gruppen und Menschen mit Behinderungen sowie bereichsübergreifende soziale Projekte im gesamten kommunalen Umfeld. Weitere wichtigere kommunale Aufgabenbereiche stellt u.a. die Kommunalwirtschaft einschließlich der Abfall- und Abwasserentsorgung dar.

Aufbauend auf den avisierten Änderungen der Kommission für die De-minimis-Verordnung für DAWI nehmen wir wie folgt Stellung:

Anhebung der Höhe des Schwellenwerts für DAWI-De-minimis Beihilfen auf mindestens 1.500.000 €

Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände begrüßt, dass die Kommission selbst eine Anhebung der Schwellenwerte für De-minimis-Beihilfen ankündigt. Um die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die derzeitige Inflation und die seit 2006 erheblich gestiegenen Erzeugerpreise zu berücksichtigen, muss jedoch der Schwellenwert mindestens auf das Dreifache des jetzigen Betrages (500.000 €) und damit auf mindestens 1.500.000 € in drei Steuerjahren angehoben werden. Der aktuelle Höchstbetrag für DAWI-De-minimis-Beihilfen ist aus unserer Sicht deutlich zu niedrig. Eine Verteilung von 500.000 € auf drei Jahre lässt nicht genügend Spielraum, um künftig sinnvolle Förderungen besonders im Sozial- oder Gesundheitsbereich, aber auch in allen anderen DAWI-Bereichen auszugeben.

Nur mit dieser deutlichen Erhöhung des Schwellenwerts kann sichergestellt werden, dass die Prüf- und Verwaltungskosten für die kommunalen Gebietskörperschaften in angemessenem Verhältnis zum erwarteten Nutzen stehen. Eine Berücksichtigung lediglich angepasst an die Inflation ist vor dem Hintergrund der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung absolut nicht ausreichend. Zudem wird der aktuelle Schwellenwert aus kommunaler Perspektive seit langem als viel zu gering eingestuft. Eine solche Erhöhung der Obergrenze hätte zudem nicht nur positive Auswirkungen auf die klassischen DAWI-Bereiche, sondern darüber hinaus auf weite Teile europäischer Fördermittel, die durch niedrigere Verwaltungskosten einen größeren Nutzen bei den Empfängern erzielen könnten.

Die Höhe der DAWI-De-minimis-Schwellenwerte ist des Weiteren seit über einem Jahrzehnt unverändert. Durch die aktuell hohe Inflation, die Aus- und Nachwirkungen der Corona-Pandemie und den gestiegenen Bau- und Energiekosten sind kommunale Planungen stark betroffen. Diese Entwicklung muss in der neuen Verordnung ab 1.1.2024 berücksichtigt werden.

Die Anhebung auf eine Schwelle von 1.500.000 € hat zudem keine oder lediglich zu vernachlässigende negative Auswirkungen auf den Binnenmarkt. Bei der Gewährung eines Ausgleichs für kommunale Daseinsvorsorgeaufgaben unterhalb dieses Wertes dürfte es regelmäßig an dem Merkmal der Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels fehlen. Außerdem tragen Beihilfen, die ein Marktversagen in bestimmten Bereichen der kommunalen Daseinsvorsorge besonders im ländlichen Raum vermeiden, zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse (wirtschaftliche, soziale und territoriale Kohäsion) bei. Dieses in Art. 174 AEUV primärrechtlich verankerte Ziel hat horizontale Gültigkeit und muss aus diesem Grund auch im vorliegenden Zusammenhang des Beihilferechts berücksichtigt werden. Die Kommission verfolgt es bereits in anderen Regelungsbereichen, wie beispielsweise in der Regional- und Kohäsionspolitik.

Eine Anpassung des Beihilferegimes ist schließlich für die Vereinfachung von Förderungen und zur beschleunigten Umsetzung konkreter Projekte vor Ort dringend notwendig. Zentraler Kernpunkt ist dafür eine spürbare Erhöhung der Schwellenwerte. Aus Perspektive der kommunalen Fördergeber ist unter den Gesichtspunkten der Effizienzsteigerung und Verwaltungsvereinfachung eine Anhebung der Obergrenze auf 1.500.000 € auch deshalb sinnvoll und dringend angezeigt, da in der Förderpraxis dadurch auch Fälle abgedeckt werden

könnten, für die der Rückgriff auf den DAWI-Freistellungsbeschluss einen zu großen Aufwand mit sich bringen würde.

Entsprechend der Erhöhung des Schwellenwerts für den DAWI-Bereich fordert der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände auch für den Schwellenwert in der allgemeinen De-minimis-Verordnung eine Verdreifachung des Betrages auf 600.000 €.

Anpassung von Begrifflichkeiten für mehr Rechtssicherheit

Eine Anpassung der Begrifflichkeiten an die allgemeine De-minimis-Verordnung begrüßen wir grundsätzlich, sofern diese zu einer erhöhten Rechtssicherheit führen und nicht einschränkend wirken. Zudem fallen beihilferechtliche Fragestellungen vielfach projektbezogen und mit zeitlichem Abstand an. Aus kommunaler Sicht besteht dementsprechend ein besonderer Bedarf an klaren, einfach anzuwendenden Regelungen mit einem hohen Grad an Rechtssicherheit.

Hierbei wären aus unserer Sicht noch weitergehende Anpassungen und Erleichterungen sinnvoll und notwendig. Die Abgrenzung von DAWI zu nicht-DAWI, insbesondere beim Merkmal wirtschaftlich/nichtwirtschaftlich ist z. B. noch mit Rechtsunsicherheiten belegt. Das Konstrukt des Erlasses eines Betrauungsakts ist gleichermaßen fehleranfällig in der Praxis, da bereits kleinste Verfehlungen zur Ungültigkeit des Betrauungsaktes führen, mit der Konsequenz einer drohenden Rückzahlung der gewährten Beihilfe nebst Zinsen. Eine weitere Vereinfachung und klarstellende Vorgaben für das Verfahren wären in der Praxis zu begrüßen.

Auch sollte bei der Umsetzung der geltenden DAWI-Vorschriften insbesondere von Fördergebern vorab die Ausgangsfrage des Art. 107 AEUV stärker geprüft werden, statt von vornherein eine De-minimis-Bescheinigung zu fordern.

Keine neuen bürokratischen Monitoring- und Transparenzanforderungen

Die Kommission teilt mit, dass die Initiative zur Überarbeitung der DAWI-De-minimis-Vorschriften auch darauf abzielt, ein verbindliches Register einzuführen, die Transparenz für Interessenträger und Mitgliedstaaten zu erhöhen und den Verwaltungsaufwand für Unternehmen, die derzeit Eigenerklärungen abgeben, zu verringern.

Die Einführung eines verbindlichen Registers für DAWI-De-minimis-Beihilfen lehnen wir ab, da sich die Praxis der Eigenerklärungen in Deutschland bewährt hat und wir durch die Einführung eines verbindlichen Registers vor allem einen erhöhten bürokratischen Mehraufwand bei den Beihilfegebern befürchten. Gerade im Bereich der De-minimis-Beihilfen, ein Bereich, der von der EU-Kommission selbst als nicht relevant für den Handel zwischen den Mitgliedstaaten angesehen wird, sollten erhebliche Erleichterungen auch mit Blick auf den Verwaltungsaufwand gelten.

Dem ist hinzuzufügen, das bedauerlicherweise der Verwaltungsaufwand insgesamt bereits gestiegen ist. Dies ist auch auf die Überwachung der eigenen Fördertätigkeiten zurückzuführen. Zudem müssen aufgrund der Komplexität und der hiermit verbundenen Rechtsunsicherheit in vielen Fällen externe Beratungsfirmen eingebunden werden. Diese verursachen Kosten in nicht zu vernachlässigendem Umfang. Eine weitere bürokratische Verkomplizierung lehnen wir daher ab.

Die zur Vermeidung von Kumulierung von De-minimis-Beihilfen derzeit bestehende Wahl der Mitgliedstaaten (zwischen staatlichen Registern oder Eigenerklärung durch Unternehmen)

sollte daher beibehalten werden. Ein Mehrwert des geplanten verpflichtenden Registers erschließt sich weder für die Interessenträger noch die Mitgliedstaaten. Ein Register würde lediglich der Kommission selbst Daten über die in den Mitgliedstaaten gewährten De-minimis-Beihilfen vermitteln. Dies ist allerdings für einen Bereich, den die Kommission selbst als nicht beihilfenrelevant ansieht, nicht erforderlich.

Einführung einer echten Bagatellgrenze von 30.000 € ohne jegliche Erfassung

Wie dargestellt, entsteht kommunalen Gebietskörperschaften auch bei „De-minimis-Beihilfen“ ein erheblicher Verwaltungsaufwand. Dies ergibt sich insbesondere aufgrund der Vorschriften, die für die Einhaltung des Kumulierungsverbots vorgesehen sind. Gerade im Bereich der De-minimis-Beihilfen, ein Bereich, den die EU-Kommission als nicht beihilfenrelevant ansieht, sollten aber erhebliche Erleichterungen auch mit Blick auf den Verwaltungsaufwand gelten.

Daher fordern wir die Einführung einer echten Bagatellgrenze, unterhalb derer für kleine Einzelförderungen mit einem Wert von unter 30.000 € keinerlei Verpflichtungen gelten sollten. Beihilfen unterhalb dieses Wertes sollten vollständig von der Erfassung und Registrierung ausgenommen werden. Auf diese Weise könnte der Verwaltungsaufwand sowohl bei Unternehmen als auch bei Beihilfegebern für Beträge vermieden werden, bei denen allein aufgrund des geringen Betrages eine Wettbewerbsverzerrung grundsätzlich ausgeschlossen werden kann.

Entsprechend fordert der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände auch in der allgemeinen De-minimis-Verordnung die Einführung einer echten Bagatellgrenze von 10.000 €.

Für einen fachlichen Austausch stehen wir gern zur Verfügung. Insbesondere können wir Ihnen die Notwendigkeit der geforderten Anpassungen anhand von kommunalen Praxisbeispielen aufzeigen.

Mit freundlichen Grüßen



Tanja Struve
Leiterin Europabüro Deutscher Landkreistag